

## LANDARBEITSVERORDNUNG

# Verschlechterung für die Lehrlinge

Lehrlinge können nun vorzeitig aus der Lehre geworfen werden. Die KPÖ war als einzige Partei gegen diese neue Landarbeitsverordnung.

Durch eine Änderung der Landarbeitsordnung kommt es zu Verschlechterungen für Lehrlinge. Eine Novelle setzt die seit 2007 gesetzlich mögliche vorzeitige Auflösung des Lehrverhältnisses in der Landarbeitsordnung um.

Die KPÖ lehnt diese Lockerung des Kündigungsschutzes ab und stimmte als einzige Fraktion gegen diese Novelle. In einem eigenen Antrag wird das Land aufgefordert, bei der Bundesregierung tätig zu werden, um die jüngst erweiterten Möglichkeiten zur vorzeitigen Auflösung von Lehrverhältnissen wieder zurückzunehmen. Das lehnten SPÖ, ÖVP und Grüne ab. Auch die Gewerkschafter in den Reihen der SPÖ-Abgeordneten stimmten gegen den Antrag. KPÖ-Abgeordnete Renate Pacher: „Eine Verschlechterung für Lehr-

linge ist mit der KPÖ nicht zu machen! Eine florierende Wirtschaft braucht etwas anderes als Lohnverzicht und Lockerung von Kündigungsbestimmungen. Das zeigt sich heute mehr denn je.“

## Ungerechte Leiharbeit

Als erste von Kündigungen betroffen sind meist die Leiharbeitskräfte. Derzeit wird um die Errichtung einer Stiftung für gekündigte Leiharbeiter gestritten. Die Leiharbeitsfirmen weigern sich, diese Arbeitsstiftung mitzufinanzieren.

Renate Pacher erinnerte daran, dass das Einkommen von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern im Schnitt lediglich 800 Euro betrage. Nur ein Drittel der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter könne von ihrem Einkommen tatsächlich leben, viele von ihnen würden nicht ordnungsgemäß entlohnt. Pacher: „Die Leiharbeit ist eine Fehlentwicklung.“

Ein KPÖ-Antrag mit dem Ziel, die Leiharbeit zurückzudrängen, wurde vom Landtag angenommen.

## KOMMENTAR

# Oase der Ungerechtigkeit

VON KPÖ-LABG. RENATE PACHER



Das Stiftungsrecht sei fair und gerecht und eine Änderung komme nicht in Frage, erklärte ÖVP-Finanzminister Josef Pröll im Parlament. Eine Sichtweise von Fairness und Gerechtigkeit, wie sie nur für die Eliten dieses Landes gilt. Den arbeitenden Menschen und PensionistInnen werden die Steuern sofort vom Einkommen abgezogen, sie können von solchen Steuerprivilegien nur träumen.

„Unbeschwert in die Oase“, so wird in Finanzzeitschriften für einen Wohnsitzwechsel nach Österreich geworben. Unser Land ist ein Steuerparadies für Reiche. Schrittweise wurden die Vermögenssteuern abgebaut. Nach Abschaffung verschiedenster Vermögenssteuern liegt Österreich bei der Vermögensbesteuerung an letzter Stelle. Die hohen Steuern kommen von der Masse der Bevölkerung. Massensteuern wie Lohn-, Mehrwert- oder Energiesteuern machen bei den Steuereinnahmen den Löwenanteil aus.

Die Reichen werden immer reicher. Dieses Unrecht ist seit Jahren bekannt und schreit zum

Himmel. Reichtumsberichte, Sozialstudien, Armutskonferenz und die KPÖ wiesen wie die „Rufer in der Wüste“ darauf hin. Die Wirtschaftskrise hat nun den Blick geschärft und es erheben sich immer mehr Stimmen für eine Vermögenssteuer. Das ist gut so – wenn sie es ernst meinen. Nun ist es wichtig, den schönen Worten auch Taten folgen zu lassen.

Steuern, wie der Name schon sagt, haben den Sinn zu lenken, wohin sich eine Gesellschaft entwickeln soll. Wir wollen eine gerechte und solidarische Gesellschaft, dazu sollen die Reichen und die Konzerne auch einen massiven Beitrag leisten.

Mit den Einnahmen ließen sich öffentliche Beschäftigungsprogramme finanzieren. Das ist besonders in der Krise wichtig. Statt Arbeitslosigkeit und Mc-Jobs brauchen die Menschen Arbeit mit existenzsichernder Bezahlung. Reichtum ist das Ergebnis der Arbeit und der Leistungen von uns allen. Ihn in den Händen einer kleinen Elite anhäufen zu lassen ist ungerecht und undemokratisch.



FLICKR/katharinadaniel

Weniger Kündigungsschutz für Lehrlinge

# Millionen für Manager

Ein Rechnungshofbericht kritisiert die jüngst erfolgte Bestellung der KAGES-Geschäftsführer. ÖVP-Klubobmann Christopher Drexler brachte es auf den Punkt: „Die Bestellung war rechtswidrig!“

LAbg. Werner Murgg (KPÖ) machte seine Kritik vor allem an der in der Landesregierung von SPÖ und ÖVP beschlossenen Schablonenverordnung des Landes fest. Diese dient

zukünftig allen Vorstandsbestellungen in landesnahen Gesellschaften als Vorlage.

Darin werden den Managern sieben Wochen Urlaub, das Nachgehen einer Nebenbeschäftigung und Zuzahlungen des Landes für deren freiwillige Pensionsvorsorge zugestanden. Werner Murgg: „Das sind ungeheure Privilegien für millionenschwere Manager.“